

## **Finanzierung Bürogebäude BorgWarner (Anfragen vom 04.02. und 26.05.2012)**

Bezug nehmend auf die Anfrage der Stadtratsfraktion der Grünen vom 04.02.2012 bezüglich der Finanzierung des Bürogebäudes für BorgWarner stellt die Fraktion erneut folgende Anfrage:

...mit Schreiben vom 04.02.2012 hatten wir um Auskunft über die Finanzierung des Bürogebäudes für die Firma BorgWarner durch die PuS gebeten. Ihre mündlichen Ausführungen hierzu in der Stadtratssitzung vom 28.02.2012 waren sehr knapp und unserer Meinung nach unvollständig. Wir bitten daher nochmals um schriftliche Auskunft über folgende Aspekte:

Wie hoch ist das Eigenkapital und woher stammt dieses, wie hoch sind Zins und Tilgung der aufgenommenen Kredite, bzw. die Avalprovision für die durch die Stadt gegebene Bürgschaft?

Welche zusätzlichen laufenden Kosten für das Gebäude sind kalkuliert (z.B. für Instandhaltung, Abschreibungen, technische und kaufmännische Betriebsführung)?

Wie hoch sind die den Kosten gegenüber stehenden Mieteinnahmen?

Wie sieht die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für das Projekt insgesamt aus?

*In der 32. Sitzung vom 27.06.2012 legt BM Hartmüller einige Zahlen zu den o.g. Fragen vor, eine umfassende, nach kaufmännischen Regeln erstellte Wirtschaftlichkeitsberechnung existiert jedoch nicht.*

*Dies wird inzwischen auch vom Landesrechnungshof kritisiert.*

*Der Bürgermeister verweist darauf, dass die finanzierenden Banken (Volksbank Alzey und Sparkasse Donnersberg) keine detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnung verlangt hätten. Dies ist jedoch nicht verwunderlich, denn die Banken tragen kein Risiko. Die von der PuS für das Bürogebäude aufgenommenen Kredite in Höhe von rund 3,8 Millionen € sind vollständig durch Bürgschaften der Stadt abgesichert!*

*Auch dies wird vom Rechnungshof kritisiert, Stadt und PuS werden zu Nachverhandlungen mit den finanzierenden Banken aufgefordert, Zielvorgabe: die Bürgschaft der Stadt darf höchstens 80% des Kreditvolumens abdecken.*

*Desweiteren kritisiert der Rechnungshof, dass allein das spezielle Grundstücks-Dreiecksgeschäft mit dem von BorgWarner gewünschten Bauträger, das ja dazu diente den Bauauftrag ohne Ausschreibung vergeben zu können, für PuS bzw Stadt Mehrkosten von über 160.000 € verursacht hat.*

*Der Rechnungshof stellt außerdem fest, dass das gesamte Projekt „Bürogebäude BorgWarner“ im Stadtrat insgesamt nicht rechtskonform abgewickelt wurde, u.a. weil den Räten entscheidungsrelevante Informationen nicht, nur unvollständig oder zu spät vorgelegt wurden.*